Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

31 (6.2.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. I. 3400.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 31 | **Mittwoch, den 6. Februar 1935** | **106. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

In Anwesenheit des Führers wurde mit einer Rede von Reichsminister Dr. Göbbels das Reichsfilmarchiv eröffnet.

*

Reichsarbeitsminister Seldte eröffnete den Reichsehrengerichtshof in Berlin.

*

Der französische Ministerpräsident hat in einer Rundfunkrede über Frankreichs und Deutschlands Sicherheit und die Londoner Abmachungen gesprochen.

*

In Holland wurde eine Verschwörung deutscher Kommunisten aufgedeckt und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

*

Das Hochwasser ist im Laufe des Dienstags weiter zurückgegangen, so daß die größte Gefahr beseitigt erscheint. Im Gebirge ist bis zu 800 Meter herab erneut starker Schneefall eingetreten.

Währungsverordnung im Saargebiet

Saarbrücken, 5. Febr. Die Regierungskommission veröffentlicht im Amtsblatt eine Währungsverordnung, die jedoch erst zu einem später bekanntzugebenden Zeitpunkt in Kraft treten wird. Die wesentlichen Bestimmungen der Verordnung werden wahrscheinlich ab 18. Februar gelten. Nach der neuen Verordnung ist bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens die Ausfuhr von Zahlungsmitteln jeder Art, sowie die Zahlung von Geldbeträgen nach außerhalb des Saargebietes verboten. Dasselbe gilt für Zahlungen innerhalb des Saargebietes für Rechnung von natürlichen und juristischen Personen, die außerhalb des Saargebietes und außerhalb Deutschlands ansässig sind. Von vorstehenden Vorschriften sind gewisse Verwaltungen und Behörden ausgenommen.

In der Verordnung wird ferner auf die schon bekannte Tatsache hingewiesen, daß zu einem späteren Zeitpunkt alle im Saargebiet umlaufenden und auf eine andere Währung als Reichsmark lautenden Zahlungsmittel zum Umtausch gegen Reichsmark an Umtauschstellen abzuliefern sind. Die Reichsbankstelle Saarbrücken wird täglich den Umwechslungskurs für französische Franken in Reichsmark bekanntgeben. Sie wird den Umtauschstellen die Reichsmarkbeträge zur Verfügung stellen und ihnen alle zweckdienlichen Anweisungen geben. Die Umwechslung erfolgt unter der Aufsicht der Regierungskommission unter Mitwirkung von französischen Vertretern. Von einem durch Bekanntmachung der Regierungskommission festzusetzenden Zeitpunkt ab können alle auf französische Franken lautenden, im Saargebiet zahlbaren Schuldverhältnisse, deren Gläubiger ihren Wohnsitz oder Sitz im Saargebiet haben, rechtswirksam in Reichsmark beglichen werden. Zahlungen in gesperrter Reichsmark haben keine befreiende Wirkung. Als Umrechnungskurs gilt der am Zahlungstag von der Reichsbank festgesetzte Kurs.

Die entmenschte Mutter stellt sich selbst

Berlin, 5. Febr. Die entsetzliche Kindertragödie, die am Sonntag in der Weinstraße am Friedrichshain aufgedeckt wurde, hat jetzt eine vorläufige Aufklärung gefunden. Die entmenschte Mutter, die ihre drei Kinder hilflos in der Wohnung zurückgelassen hatte, hat sich der Polizei gestellt. Bekanntlich hatte Frau Jünemann ihre Wohnung verlassen, ohne sich um ihre drei Kinder zu kümmern, so daß zwei von ihnen verhungert sind, während das dritte noch im letzten Augenblick gerettet werden konnte. Zur Zeit ist die Kriminalpolizei damit beschäftigt, festzustellen, aus welchem Grunde Frau Jüdemann, die ausreichend von den Wohlfahrtsbehörden unterstützt wurde, ihre Kinder dem Hungertod preisgegeben hat.

Volksgerichtshof verhandelt in Hamburg

Hamburg, 5. Febr. Der erste Senat des Volksgerichtshofes trat im Landgerichtsgebäude in Hamburg in einem Hochverrats- und Sprengstoffprozeß von voraussichtlich sechstägiger Dauer gegen 22 ehemalige Kommunisten aus Hamburg und Altona ein. Die 22 Angeklagten befinden sich ausnahmslos in Untersuchungshaft. Ihnen wird Vorbereitung zum Hochverrat, Sprengstoffverbrechen und teilweise auch versuchter Mord vorgeworfen. Sie haben sich in dem berüchtigten „Waffen- und Sprengstoffressort" der Bezirksleitung der KPD. Wasserkante betätigt.

Beginn der Schlußtagung des Dreierausschusses in Rom

DNB. **Rom**, 5. Febr. In Rom trat am Dienstag abend der Dreierausschuß des Völkerbundes für die Saarfrage zu seiner Schlußtagung zusammen. Die zu den Schlußberatungen nach Rom entsandten drei deutschen Sachverständigen treffen in der Nacht zum Mittwoch in der italienischen Hauptstadt ein und werden am Mittwoch vormittag ihre gemeinschaftlichen Besprechungen mit den französischen Sachverständigen und dem Dreier-Ausschuß aufnehmen. Die Fertigstellung des Schlußberichtes kann, da es sich fast nur um redaktionelle Fragen handelt, so erfolgen, daß er, wie in unterrichteten Kreisen angenommen wird, bereits Anfang nächster Woche in Genf vorliegen wird.

Eröffnung des Reichsehrengerichtshofes

durch Reichsarbeitsminister Seldte

Berlin, 5. Febr. Der nach dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit gebildete Reichsehrengerichtshof trat im festlich geschmückten Hauptsitzungssaal des Oberverwaltungsgerichts im Berliner Westen zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Senat setzt sich aus zwei Mitgliedern des Reichsehrengerichtes, Reichsgerichtsrat Dr. Schrader und Reichsgerichtsrat Losz, zusammen. Der vom Reichsarbeitsministerium berufene Beisitzer ist der württ. Wirtschaftsminister Lehnich. Ferner gehören dem Senat ein Vertreter aus den Kreisen der Betriebsführer und ein weiterer aus den Kreisen der Gefolgschaftsmitglieder an.

Vor Beginn der Verhandlungen sprach **Reichsarbeitsminister Franz Seldte**, um auf die hohe Bedeutung der sozialen Ehrengerichtsbarkeit für die Neugestaltung unseres sozialen Lebens hinzuweisen. Der Minister erklärte, daß gesetzgeberischer Ausdruck der neuen Anschauungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik vor allem das Gesetz zur Ordnug der nationalen Arbeit sei. In ausgesprochenem Gegensatz zum früheren Rechtszustand sei nunmehr das Schwergewicht der gesamten arbeitsrechtlichen Gestaltung in den einzelnen Betrieb gelegt. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände ständen nun nicht mehr in zum Klassenkampf ausgearteten Interessenkämpfen einander gegenüber. Das gemeinsame Interesse, das alle, die in einem Betriebe gemeinsam schafften, an dessen Blühen hätten, sei die Grundlage des sozialen Ausgleiches. Deshalb sei der Gesetzgeber zur Ausgestaltung und Betonung der Betriebsgemeinschaft gekommen. Diese selbst sei nach den Grundsätzen der gegenseitigen Treue, des Vertrauens und der Kameradschaft ausgerichtet.

Dieser **Stellung der Betriebsgemeinschaft als des tragenden Pfeilers des sozialen Lebens** entspräche es, wenn zu ihrer Verwirklichung und zu ihrem Schutze in grundlegend neuen Gedankengängen eine eingehend geregelte **soziale Ehrengerichtsbarkeit errichtet** worden sei. Dadurch sei zum ersten Mal das Zusammenleben von Unternehmern und Betriebsangehörigen auf den Begriff der sozialen Ehre abgestellt worden. Hierdurch handle im Arbeitsleben nur derjenige ehrenhaft, der die ihm je nach seiner Stellung innerhalb der Betriebsgemeinschaft obliegenden Pflichten gewissenhaft erfülle und sich durch sein Verhalten der Achtung würdig erweise, die sich aus seiner Stellung ergebe, der im steten Bewußtsein seiner Verantwortung sich dem Dienst des Betriebes widme und dem Gemeinwohl unterordne. So sei ein neuer nationalsozialistischer Ehrbegriff entstanden, der sich messe an den Erfordernissen des Gemeinwohls und der den einzelnen lediglich nach seiner sittlichen Haltung zu diesen Erfordernissen bemesse.

Aus der hohen Einschätzung der sozialen Ehre ergebe sich die hohe **Aufgabe der Ehrengerichte.** Diese hätten rücksichtslos alle diejenigen aus der Gemeinschaft der Schaffenden auszumerzen und durch Strafen zu brandmarken, die den Geboten der Ehre zuwiderhandelten. Gleichzeitig hätten die Ehrengerichte eine wichtige Erziehungsarbeit zu leisten.

Zur Durchführung des sozialen Ehrengerichtsverfahrens habe das Gesetz besondere Ehrengerichte vorgesehen, die sich aus richterlichen Beamten, Betriebsführern und Vertrauensmännern zusammensetzen. Während als erste Instanz für jeden Bezirk eines Treuhänders ein Ehrengericht gebildet worden sei, schwebe über allen Ehrengerichten als endgültige Berufungsinstanz der Reichsehrengerichtshof in seiner besonderen Zusammensetzung von zwei richterlichen Mitgliedern, je einem Betriebsführer und einem Vertrauensmann sowie einer von der Reichsregierung bestimmten Persönlichkeit. Die praktische Anwendung der gesetzlichen Vorschriften auf die vorkommenden Einzelfälle gebe den Ehrengerichten Gelegenheit, den neuen sozialen Anschauungen Ausdruck zu verleihen. Hierbei sei nun der Reichsehrengerichtshof berufen, aus der Praxis heraus Richtlinien für die Anwendung der neuen Bestimmungen zu geben. Wie alle obersten Gerichtshöfe, so habe auch der Reichsehrengerichtshof für die Einheitlichkeit der Rechtsprechung auf diesem Gebiet sowie für grundsätzliche Auslegung der Bestimmungen und für eine sinngemäße Fortbildung des Rechtes Sorge zu tragen.

Der Reichsarbeitsminister schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß es dem Reichsehrengerichtshof vergönnt sein möge, seine hohe soziale Mission im Sinn und Geist der den neuen Staat tragenden nationalen und sozialen Ideen zu erfüllen.

Nach der Rede des Reichsarbeitsministers Seldte sprach der Vorsitzende des Reichsehrengerichtshofes, Reichsgerichtsrat Schrader; er dankte dem Reichsminister für seine Begrüßungsworte. Sein Dank galt auch den erschienenen Vertretern des Reichsjustizministeriums und der DAF. Sodann hob der Vorsitzende nochmals die Grundgedanken des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit hervor und versicherte, daß der Reichsehrengerichtshof stets bestrebt sein werde, seine Aufgabe in dem Geiste zu erfüllen, in dem das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit erlassen worden sei. Anschließend nahm Reichsgerichtsrat Schrader die Vereidigung der Beisitzer vor. Der Ehrengerichtshof wandte sich sodann seiner praktischen Arbeit zu und trat in die Verhandlung der ersten drei Berufungsfälle ein.

Dr. Göbbels eröffnet das Reichsfilmarchiv

Berlin, 5. Febr. Durch die Schaffung des Reichsfilmarchivs, des größten Filmarchivs der Welt, hat der Nationalsozialismus auch auf dem Gebiete des Films bewiesen, daß er wegweisend ist. Es wurde am Montag abend von Reichsminister Dr. Göbbels im Harnack-Haus feierlich eingeweiht. Während der Vorführung der Filme erschien auch der Führer und Reichskanzler.

Der Präsident der Reichsfilmkammer, Dr. Scheuermann, ging in seiner Begrüßungsansprache auf die Entstehungsgeschichte des Reichsfilmarchivs ein, dessen Aufbau der Anregung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda vor einem Jahre zu verdanken sei. Das Reichsfilmarchiv habe drei Aufgaben: Es solle eine Sammlung sein, kulturgeschichtlicher Betrachtung gewidmet, es solle zusammen mit den anderen Kammern, innerhalb der Reichskulturkammer, gegenseitiger Betrachtung, Belehrung, offener Kritik dienen, und schließlich solle es die künstlerische Auseinandersetzung zwischen Filmwirtschaft und Filmkunst fördern.

Dann sprach

Reichsminister Dr. Göbbels

Dr. Göbbels sagte u. a., der Zeitpunkt sei jetzt gekommen, an dem man über die Aufräumungsarbeiten hinausgekommen sei, und damit auch der Zeitpunkt, zu dem die Regierung handelnd in das deutsche Filmschaffen eingreifen könne. Gewiß könne bei einer Produktion von 150 bis 180 Spielfilmen im Jahre nicht jeder einzelne ein Kunstwerk sein — wie ja auch nicht jedes der aufgeführten Bühnenwerke ein Kunstwerk sei. Was uns bisher gefehlt habe, sei der künstlerisch und weltanschaulich gesicherte Film. Deshalb sei es gerade in den letzten Monaten sein Bestreben gewesen, nicht nur an die filmische Wirtschaft, sondern auch an den Künstler im Film zu appellieren — ganz abgesehen davon, daß er sich klar darüber sei, daß auch im Film die Kunst nach Brot schreie und daß eine weise Staatsführung nicht der Meinung sein dürfe daß eine Kunst aus sich heraus sich ernähren müsse. Darum habe die Regierung ihre ersten Bestrebungen darauf abgestellt, dem Film für seine Existenzmöglichkeit einige materielle Grundlagen durch die Schaffung der Filmbank, durch eine gewisse Auflockerung der Zensur, durch die Einrichtung einer Reichsfilmdramaturgie und schließlich durch die Schaffung eines Reichsfilmpreises zu geben, mit dem der Produktion eine Herausforderungs-, eine Konkurrenzmöglichkeit geboten worden sei. So richtig diese Reformversuche auch gewesen seien, so hätten sie doch einen überragenden Erfolg auf dem Gebiete des Films vermissen lassen. Dies sei auch nur natürlich gewesen, um so mehr, als gerade das Gebiet des Films vor der Machtübernahme der Tummelplatz der geistig anarchistischen Elemente gewesen sei, die dem deutschen Kulturleben damals den Stempel aufdrückten.

Der Minister verkannte nicht, daß in den letzten Monaten eine Reihe von sehr guten und qualitativ hochstehenden Filmen gedreht wurden. Das dürfte aber nicht dazu verleiten, die Ansprüche niedriger zu schrauben. Er sei der Ueberzeugung, daß bei den wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten, über die die deutsche Filmwirtschaft verfüge, und bei den künstlerischen Potenzen, die für den deutschen Film bereits tätig seien oder die wir veranlassen könnten, sich ihm zur Verfügung zu stellen, und bei der ungeheuren Förderung, die der Film von heute von amtlicher Seite erfahre, es möglich sein müsse, ihm auf der Welt wieder, wie schon einst, bahnbrechend zu machen.

Wenn man aber im Film erst wieder Qualität von Kitsch unterscheiden lerne, dann werde der Kitsch bald aus der Produktion ausgeschaltet werden können. Die dem Film eigenen Gesetze seien vielfach noch verkannt worden. Man habe hier und da mißverstanden, daß eine photographierte Theateroperette noch kein Film sei. Gelinge es, die dem Film eigenen Gesetze zum Durchbruch zu bringen, gelinge es, die Vorgänge auf der Leinwand nicht nach Bühnen-, sondern nach filmischen Gesetzen abrollen zu lassen, dann sei er der Ueberzeugung, daß der deutsche Film auch im ureigensten Interesse der deutschen Künstler die Welt erobern werde.

Der Minister versicherte noch einmal, daß er nicht die Absicht habe, den deutschen Film zu bevormunden oder zu knebeln. Er wisse nur zu genau, daß kein Künstler arbeiten könne, wenn hinter ihm ein Aufpasser stehe. Deshalb werde nun nach einer letzten Reinigungsperiode den schaffenden Elementen der deutschen Filmkunst eine freiere Betätigungsmöglichkeit gegeben. Hiermit müsse eine Umwandlung des Publikumsgeschmacks von

der Kunst her vorgenommen werden, denn es sei nicht wahr, daß der Publikumsgeschmack schlechte Filme verlange. Das Gegenteil sei richtig. Der deutsche Film, so fuhr der Minister fort, könne nicht in einer ausdruckslosen Maske an die Welt appellieren. Er müsse sich zur deutschen Gegenwart bekennen. Denn die Welt von heute wolle keine Filme aus der Zeit vor der Machtergreifung sehen, sondern *Filme aus dem heutigen Deutschland*. Und die werde sie sehen wollen, wenn sie wirklich Qualität und Höhe haben. Auch der Film vertrete die Nation gewollt und ungewollt. Deshalb müsse es das Bestreben der Filmschaffenden sein, ihm den Ausdruck unserer Zeit zu geben. Er habe keinen sehnlicheren Wunsch als den, auf dem Gebiete des Films — wie es bereits auf anderen Gebieten der Fall sei — den nationalen deutschen Ehrgeiz anzustacheln.

Nach den mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Ministers wurde eine Anzahl von stummen und tönenden Filmen aus den Beständen des neuen Reichsarchivs gezeigt. Der Führer und Reichskanzler und Reichsminister Dr. Göbbels weilten dann noch einige Zeit im Kreise der Filmschaffenden.

Deutsche Kommunisten hetzen in Holland

Aufdeckung einer Verschwörung

Amsterdam, 5. Febr. Der Amsterdamer Polizei glückte es am Montag abend, eine geheime Zusammenkunft früherer deutscher Kommunisten zu überraschen und aufzulösen. Hierbei wurden zehn deutsche Kommunisten, darunter ein früherer Reichstagsabgeordneter, die sich alle auf illegale Weise in der holländischen Hauptstadt aufhielten, verhaftet.

Haussuchungen, die im Anschluß daran in den Schlupfwinkeln der Festgenommenen vorgenommen wurden, ergaben, daß man eine weitverzweigte kommunistische Verschwörung vor sich hatte, deren Teilnehmer über ganz Holland verteilt sind. Die meisten von ihnen hielten sich in Amsterdam und im Limburger Kohlenbecken auf. Die am Montag abend erfolgte polizeiliche Aktion wurde anfangs geheim gehalten, um die Festnahme weiterer Beteiligter zu ermöglichen. Auf diese Weise konnten im Laufe des Dienstags noch **zwölf weitere deutsche Kommunisten** hinter Schloß und Riegel gesetzt werden. Auch bei den heute Verhafteten wurde belastendes Material aufgefunden.

Bereits seit geraumer Zeit waren die holländischen Justizbehörden darüber unterrichtet, daß sich in Holland mehrere hundert deutsche Kommunisten aufhielten, die bei holländischen Parteigenossen Unterschlupf gefunden hatten. In aller Stille arbeiteten sie gemeinsam an der Errichtung geheimer kommunistischer Organisationen in Deutschland, deren Hintermänner von Holland aus mit kommunistischer Propaganda versorgt und auf andere Weise unterstützt wurden. Die in Holland weilenden deutschen Kommunisten bildeten sogar einen ständigen Herd für illegale Propaganda gegen die heutige deutsche Regierung. Sie beschränkten sich aber keineswegs hierauf, sondern traten auch als **Instrukteure für die holländische kommunistische Partei auf**, um deren Anhänger für den Kampf gegen die holländische Regierung und Staatsordnung zu schulen.

Bei der holländischen Regierung schweben zur Zeit Erwägungen darüber, was mit den Festgenommenen geschehen soll und welche Schritte etwa gegen die übrigen in Holland weilenden deutschen Kommunisten ergriffen werden sollen. Das kommunistische Kommermitglied Schalker stattete am Dienstag nachmittag dem Justizminister im Haag einen Besuch ab, um zu verhindern, daß die im Amsterdamer Polizeigewahrsam befindlichen deutschen Kommunisten womöglich über die deutsche Grenze gesetzt werden.

Kommunistische Kundgebungen in Amsterdam.

DNB. **Amsterdam,** 5. Febr. Im westlichen Stadtteil von Amsterdam, in dem zahlreiche Kommunisten wohnen, wurden Dienstag nachmittag wiederholt Kundgebungen zugunsten der Freilassung der deutschen Kommunisten veranstaltet, die, wie gemeldet, von der Amsterdamer Polizei verhaftet worden sind. Es wurden Flugzettel verteilt, in denen auf das holländische Asylrecht für politische Flüchtlinge hingewiesen wurde. Ferner wurden Sprechchöre gebildet, die den Verkehr behinderten. Der Polizei gelang es aber bald, die Kommunisten zu zerstreuen.

Wie verlautet, ist der wegen unerlaubter politischer Betätigung in Haft genommene ehemalige Abgeordnete des Deutschen Reichstages der kommunistische Agitator Kreutzburg.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Sicherheitspakte und Rüstungsfragen in London

Die Londoner Verhandlungen waren für die politische Gesamtlage in Europa außerordentlich bedeutsam. Durch die Eile, mit der man das Ergebnis der Londoner Konferenz in offiziellster Form Deutschland zur Kenntnis brachte, hat man nicht nur diese Wichtigkeit der Angelegenheit unterstrichen, sondern gleichzeitig auch dokumentiert, daß auf die aktive Beteiligung Deutschlands an der Behandlung der Dinge, die in London erörtert wurden, besonderen Wert legt.

Die amtliche Mitteilung spricht am Anfang davon, daß die britischen und französischen Minister „*eine Prüfung der allgemeinen Lage*" vorgenommen hätten, und zwar mit dem Ziel, den Frieden der Welt durch engere Zusammenarbeit in einem Geiste freundschaftlichsten Vertrauens zu fördern und Neigungen zu beseitigen, die dazu angetan sind, zu einem Rüstungswettrennen zu führen und die Kriegsgefahren zu vermehren. Aus diesem Gesamtkomplex der allgemeinen Lage lassen sich als Hauptthemen der Londoner Beratung aber ganz deutlich zwei Einzelkomplexe herauslösen, deren einer die Neuregelung der *Rüstungsfragen* betrifft, wie sie sich aus der am 11. Dezember 1932 Deutschland zugesicherten Gleichberechtigung und der daraus folgenden Aufhebung des Artikels 5 des Versailler Vertrages ergibt. Der andere steht, wenigstens nach französischer Auffassung, in ursächlichem Zusammenhang mit der Rüstungsfrage. In dem Londoner Communique ist da, wo von dem Ersatz des Versailler Artikels 5 die Rede ist, aus der Fünfmächteerklärung vom 11. Dezember 1932 die Formulierung übernommen worden, die von der Gewährung der „Gleichberechtigung in einem *System der Sicherheit*" spricht. Auf dieser Sicherheitsforderung hat Frankreich seine ganze Politik der letzten zwei Jahre Deutschland gegenüber aufgebaut, und wenn man genau zusieht, ist es damit auf derselben Linie geblieben, die es schon bei den Friedensverhandlungen befolgte.

Den gegenseitigen Hilfeleistungspakt brachten allerdings die Herren Flandin und Laval auch diesmal nicht nach Hause. England ist zwar für die „Organisation der Sicherheit in Europa", und die englischen Staatsmänner haben offenbar nichts dagegen einzuwenden, daß in dem Communique vom Ostpakt, von den römischen Vereinbarungen über Mitteleuropa die Rede ist, aber es steht nirgends ein Wort davon, daß England selbst sich an diesen oder anderen Regionalpakten, jenem neuesten Instrument der französischen Sicherheitspolitik, zu beteiligen gedenke, geschweige denn gar, daß es einen zweiseitigen Hilfeleistungs- und Garantiepakt mit Frankreich abzuschließen gedenke. Mit Ausnahme eines Spezialfalles allerdings: Frankreich und England sind dahin übereingekommen, Italien, Deutschland und Belgien zu gemeinsamen Beratungen über *eine Luftkonvention* einzuladen, die darauf hinauslaufen soll, daß die Unterzeichner die Unterstützung ihrer Luftstreitkräfte jedem unter ihnen gewähren, der das Opfer eines nicht herausgeforderten Luftangriffes vonseiten einer der vertragschließenden Parteien ist. Das würde also ein, freilich nicht auf Frankreich und England allein beschränkter, sondern die fünf Westmächte umfassender Hilfeleistungspakt mit Beschränkung auf den Fall von Luftangriffen sein. Dem Gedanken kann man sympathisch gegenüberstehen.

Etwas durchaus anderes ist es mit dem *Ostpakt*, der, wohl mehr auf französischen als auf englischen Wunsch, so stark in den Vordergrund gerückt wird. Die Verpflichtungen aus einer Luftkonvention der Westmächte wären verhältnismäßig klar zu überblicken, diejenigen, die sich aus dem Ostpakt ergeben würden, dessen Hauptpartner Sowjetrußland sein soll, sind nicht übersehbar. Das ergibt sich schon aus der geographischen Lage der Sowjetunion, die so vielfältige politische Probleme aufwirft, daß die Tragweite eines mit diesem Lande abgeschlossenen Hilfeleistungspaktes heute einfach nicht abgeschätzt werden kann. Man sollte annehmen, daß das gerade in London auf Grund der Erfahrungen eines Landes mit einer über die ganze Welt erstreckten politischen Interessensphäre erkannt werden müßte. Es scheint ja auch, mindestens in einem bestimmten Stadium der Verhandlungen, auf englischer Seite die Neigung bestanden zu haben, das starke Uebergewicht, das der russischen Politik bei den französischen Paktplänen eingeräumt werden würde, durch eine gesamteuropäische Vereinbarung auszugleichen.

Was die *Rüstungsfragen* und die Verwirklichung der Deutschland bereits im Dezember 1932 zugesicherten Gleichberechtigung anbelangt, so wird man anerkennen müssen, daß das Communique ein neues Bekenntnis zu der Notwendigkeit, den Teil 5 des Versailler Vertrages durch neue, aus dem Geiste der Gleichberechtigung geborene Bestimmungen zu ersetzen, ist. Es lassen sich aus der Londoner Verlautbarung auch nicht „Vorbedingungen" für Deutschland herauslesen, wie sie nach französischen Wünschen ursprünglich aufgestellt werden sollten. Der Text des Communiques scheint eher auf den englischen Vorschlag hinauszulaufen, den Gesamtkomplex der Rüstungsfragen und der „Sicherheits"-Forderungen zusammen und gleichzeitig zu behandeln. Ein Zugeständnis an die französische Mentalität ist es lediglich, wenn als übereinstimmende Ansicht Frankreichs und Englands erklärt wird, daß weder Deutschland noch irgend eine andere Macht berechtigt sei, durch einseitige Aktionen die ihr hinsichtlich der Rüstungsbeschränkung auferlegten Verpflichtungen abzuändern. Worauf man allerdings die Gegenfrage stellen darf, ob es den anderen, in ihren Rüstungen nicht beschränkten Mächten denn freisteht, ihre in denselben Friedensverträgen übernommenen Verpflichtungen, abzurüsten, durch einseitige Verweigerung nicht zu erfüllen.

Aufruf für die Hungergebiete der Sowjetunion

Wien, 5. Febr. Die interkonfessionellen und internationalen Hilfskomitees für die Hungergebiete in der Sowjetunion, vertreten durch Kardinal D. Theodor Innitzer-Wien, Professor D. Adolf Keller-Genf und andere, treten mit nachstehender Kundgebung erneut an die Weltöffentlichkeit heran:

„Die endesunterzeichneten Hilfsorganisationen, die in ihrer Arbeit für die in der Sowjetunion hungernden Menschen die verschiedenen Kirchen und Konfessionen umfassen, halten es für ihre Pflicht, mit folgender Kundgebung an die Oeffentlichkeit zu treten:

Es ist unsere feste Ueberzeugung, die durch gegenteilige Berichte nicht erschüttert wird, daß große Teile des russischen Volkes vor einem neuen Höhepunkt der furchtbaren Hungerkatastrophe stehen. Zahllose direkte Nachrichten, unzweifelhafte Zeugnisse von Augenzeugen, haben seit zwei Jahren die große Not der Bevölkerung in bestimmten Gegenden der Sowjetunion, sowie in gewissen Schichten des russischen Volkes dargetan. Heute läßt sich selbst aus russischen Aeußerungen feststellen, daß ein großer Teil der Bevölkerung in den Notgebieten von allen Vorräten entblößt, unrettbar dem Hunger ausgeliefert ist. In den von der Dürre heimgesuchten Gebieten war nach dem Zeugnis von Ausländern, deren wohlwollende Einstellung zur Sowjetunion bekannt ist, die Ernte schwer beeinträchtigt und der Ertrag zum Teil auf Null gesunken. Die Ernte selbst wurde, wie ein amerikanischer Augenzeuge berichtet, mit nie dagewesener Härte eingetrieben. Nur dadurch wurde es möglich, die Abschaffung der Brotkarten in den Städten vorzunehmen.

Der Ernteertrag kommt vor allem dem Heer, der Industriebevölkerung und den anderen privilegierten Gruppen in den Städten zugute, während das Leben der Bevölkerung in den Agrargebieten, namentlich das der Einzelbauern, erneut schwer gefährdet ist. Wie ernst der Notstand ist, wird in einem Dekret der Sowjetregierung vom 26. Dezember 1934 eingestanden. In diesem Dekret betr. Saathilfe an die Kolchosen wird erstmalig von der „elementaren Not", die infolge der Dürre in einer größeren Zahl der sowjetrussischen Agrargebiete ausgebrochen ist, gesprochen.

Sollen sich ähnliche Vorgänge, wie sie sich im Jahre 1933 ereigneten, als zahllose unschuldige Menschen in der Ukraine, im Wolgagebiet, im Nordkaukasus und anderen Gebieten zugrunde gingen, im kommenden Hungerfrühling wiederholen?

Die unterzeichneten Organisationen haben schon bisher den Standpunkt vertreten, daß Fragen der Humanität und der Hilfeleistung unabhängig von politischen und sozialen Interessen behandelt werden müssen. Sie betrachten es als eine Pflicht elementarster Menschlichkeit und reinster Nächstenliebe, angesichts dieser Verhältnisse nicht zu schweigen, sondern erneut die Stimme des Gewissens zu erheben. Sie verlangen zugunsten hungernder und sterbender Menschen und zur Vermeidung einer Katastrophe wie die von 1933 eine volle Klärung der Lage, sowie Sicherung der notwendigen Hilfeleistung."

Änderung im Hause Tiebruck

Roman von Christel Broehl-Delhaes

Copyright by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf.

14 (Nachdruck verboten.)

Zu Tiebrucks Erstaunen antwortete sie ruhig: „Das weiß ich. Was hat das aber mit uns zu tun?"

Erschüttert von so viel Kühle, forschte Tiebruck: „Du weißt es, und es läßt dich so ganz und gar kalt? Er ist ein hübscher Bursche, gut gewachsen, forsch, sportlich und viel jünger als ich."

Maria lachte hellauf. Sie packte Tiebruck bei den Schultern und rüttelte an ihnen. Ihre jähen Ausfälle ins mädchenhaft Ausgelassene liebte er besonders an ihr.

„Warum hälst du mir alle seine Vorzüge vor? Wenn ich ihn heiraten wollte, konnte ich es doch längst getan haben."

„Stimmt alles, Maria, aber ich kann es eben immer noch nicht begreifen, daß du mich liebst, Liebe, einen alten Mann mit großen Kindern."

„Warum willst du es nicht begreifen", sagte sie mit dunkler Stimme, in der ihre gesunde Leidenschaft schwang, „daß du geliebt wirst?"

Die Offenheit, mit der sie alle ihre Gefühle auszubreiten verstand, hatte bei ihr etwas Faszinierendes, weil es eine Offenheit war, die geheimnisvoll und ganz neuartig war. Er streckte die Hände nach ihr aus, und sie überließ sich ihm. Endlich löste sie sich und fragte nun wieder sachlich und alles klar übersehend:

„Nun, und warum sollen wir Erwins wegen unsere Verlobung geheimhalten?"

„Er hat es sich in den Kopf gesetzt, dich zu heiraten, und arbeitet auf sein Examen hin."

„Wirklich?" Sie war ehrlich erstaunt.

„Du wußtest davon?"

„Wir sprachen davon an jenem Abend, als wir uns kennenlernten."

Sie drückte seine Hand. „Seitdem habe ich ihn kaum noch gesehen."

„Du warst nicht mehr bei Westpfahls?"

„Ich hatte wenig Zeit. Nur noch für dich!"

„Westpfahl hatte die feste Zuversicht, daß du seinem Sohn keine Absage geben würdest; er war sehr niedergeschlagen, als ich ihm Mitteilung von unserer Verlobung machte. Er setzte so große Hoffnungen auf dich, glaubte, du würdest seinen Sohn in der Ehe hochgehalten und zu einem brauchbaren Menschen gemacht haben."

Maria runzelte die Brauen. „Ich würde ihn auch dann nicht geheiratet haben, wenn du nicht in mein Leben getreten wärst. Ich kann keinen Mann gebrauchen, den ich erziehen oder behüten soll. Ein trauriger Kerl, der das nicht von allein kann!"

Jetzt war es Tiebruck, der eigentlich für Erwin bat. „Trotzdem wollen wir ihm diese letzte Chance lassen. Er hat dann wenigstens die theoretische Reife. Wie er sie dann praktisch auswertet, darauf können und wollen wir keine Rücksicht nehmen."

„Es widerstrebt mir", begann Maria noch einmal, „zu wissen, daß er sich unberechtigte Hoffnungen macht; es bedrückt mich —"

„Genau das gleiche habe ich dem Geheimrat gesagt, aber er beschwor mich so intensiv, den günstigen Verlauf der Dinge bei Erwin jetzt nicht zu unterbrechen, daß ich schließlich zusagte. Wir haben den alten Herrschaften doch auch beide viel zu danken, Maria."

Sie schaute ihn mit ihrem weichsten Blick an, den sie sonst verschloß.

„Du hast recht Gerold, Dankbarkeit ist das erste, was wir nicht vergessen dürfen. Tante Westpfahl war mir stets wie eine Mutter."

„Sie wäre auch gern deine wirkliche Mutter geworden, Maria."

Statt aller Antwort nahm sie ihn beim Kopf und küßte ihn mit geschlossenen Augen mitten auf den Mund. Solche spontanen Zärtlichkeiten waren selten bei Maria Parhoff.

*

Bei Tisch hatte Professor Tiebruck gesagt: „Also heute macht Fräulein Parhoff einen Besuch bei uns. Ich hoffe, ihr habt alle frei und seid da?" Es war an einem Mittwoch.

Georg stimmte sofort ehrlich zu, denn er hatte wirklich nichts vor. Kamilla warf ihm einen verächtlichen Blick zu und redete etwas davon, daß sie Gymnastik habe und hinterher mit Lalo Esch verabredet sei. Tiebruck bemerkte freundlich, aber fest, mit einer Stimme, die keinen Widerspruch duldete: „Ich hoffe, Milla, daß beide Dinge abzusagen sind, wenn wir Besuch erwarten."

Kamilla biß sich auf die Lippen, aber sie gab sich noch nicht zufrieden. „Warum müssen wir denn anwesend sein, Vatel? Die Dame kommt doch nicht zu uns Kindern?"

„Doch, sie kommt gerade zu euch!"

„Wir brauchen aber niemand", gab Kamilla zurück, und alles in ihr zitterte vor unterdrücktem Zorn und Trotz.

Tiebruck, gereizt durch ihr störrisches Benehmen, hatte eine heftige Antwort auf der Zunge; sie wurde verhindert durch Alfs plötzliches Dazwischenrufen: „Ach geh, Milla, laß sie doch mal kommen! Vielleicht ist sie nett und spielt mit mir im Sand."

„Das tut sie sogar gewiß, Kind." Tiebruck atmete erleichtert auf; wenigstens der Jüngste war noch unbeeinflußt. Aber er fing einen Blick seiner Tochter auf, der ihm zu denken gab. Verachtung stand in diesem verborgenen Blick, und nun hatte Tiebruck das Gefühl, als habe er mit seiner Zustimmung einen Fehler begangen. Kamilla glaubte nun, Fräulein Parhoff wolle sich bei ihnen unter allen Umständen und unter Anwendung aller möglichen Methoden „einschmusen". Der Gedanke war ihm unangenehm.

Als der Vater gegangen war, lachte Kamilla kurz auf. Sie lachte dem Bruder ihre Geringschätzung ins Gesicht.

„Du bist natürlich gleich bereit, nicht wahr?"

„Man muß sie sich doch wenigstens ansehen", widersprach er kampfbereit.

„Gar nicht nötig. Sie wird ankommen, wie alle solche Damen ankommen: für mich ein Buch, für dich ein Buch und für Alf Süß- und Spielzeug. Und dann hat sie für alles Interesse, und dann fragt sie uns aus, um sich nachher um so besser gegen unsere Ansichten wappnen zu können. Wenn sie besonders klug ist, kümmert sie sich ein bißchen um uns, andernfalls wird sie uns bald abschieben, mit Vatel durch die Räume gehen und ihm heimlich ihre Wünsche für Neu- und Umgestaltung bekanntgeben."

„Milla", wehrte Georg gequält, „woher hast du die Weisheit?"

„Von Günter." Vor seinem Erstaunen errötete sie ein wenig. „Wir gehen schon mal ins Kino."

„Ach ne", wunderte sich Georg, „mit Günter also. Der ist ja ein Jahr jünger als du."

„Macht nix, aber so helle wie siebzehn. Und mein einziger Verbündeter gegen —" Sie brach ab, vermutlich wußte sie noch nicht, wie sie die zukünftige Stiefmutter nennen sollte. „Wie heißt sie denn mit Vornamen? Maria, nicht?"

Georg fühlte, wie ihm das Blut zu Kopf stieg. „Du wirst dich doch nicht erdreisten und die Dame mit ‚Maria' bezeichnen, weil Günter seine Stiefmutter ‚Laura' nennt? Du wirst doch nicht eine Dame, die Vater ‚eine begabte Assistentin seiner Klinik' nennt und als solche bei uns einführt, mit so einer — einer — einer aufgeblasenen, herz- und seelen- und taktlosen Person auf eine Stufe stellen? Du, das ist eine Frechheit! Eine Frechheit ist das, wenn du das noch nicht weißt. Du kannst dir gar kein Urteil über die Dame erlauben, gar keins. Kennst du sie? Nein! Also, woher die Frechheit?"

Endlich faßte sie sich und erwiderte: „Und du? Kennst du sie?"

„Ich sah sie sitzen, sie sah gut aus."

Kamilla hatte ihre Frechheit wiedergefunden. Sie versuchte Georg mit ihrem schallenden Lachen zu ärgern, und es gelang ihr.

„Er sah sie sitzen — ihren Rücken sah er — und der sah gut aus — kannst ja mal ein Gesicht machen auf einen Rücken!"

Georg wurde kreidebleich. Er vergaß, wer ihn da mit verzerrtem Gesicht anlachte und verhöhnte. Er hob seine Bubenfaust, jetzt puterrot vor Jähzorn, schlug zu. Kamilla heulte auf und schlug beide Hände vor das mißhandelte Gesicht. Georg war jäh ernüchtert.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg